



Antrag

Fraktion AfD

Abschaffung aller durch Feminismus und Gender Mainstreaming bedingten Schreibweisen im amtlichen Gebrauch

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zur deutschen Sprache als einigendes Element der deutschen Kulturnation und erteilt allen Versuchen, ihren lebendigen Entwicklungsprozess durch lebensferne Ideologeme zu stören, eine Absage. Der Landtag fordert zudem die Landesregierung auf,

1. künftig bei der Formulierung von Erlassen, Verordnungen und Gesetzentwürfen sowie in der Kommunikation mit Ämtern, Behörden und sonstigen offiziellen Einrichtungen auf die Verwendung geschlechtsneutraler Partizipialkonstruktionen (z. B. „Studierende“ statt „Studenten“), des sogenannten „Gender Gap“ (z. B. „Student_innen“) und seiner einzelnen Nebenformen („Binnen-I“, „Asteristik“ bzw. „Gender Star“ etc.) sowie sonstiger Innovationen im Zeichen feministischer Sprachkritik bzw. des Gender Mainstreamings zu verzichten. Stattdessen ist der Verwendung des generischen Maskulinums Vorzug einzuräumen.
2. die schriftliche und mündliche Kommunikation öffentlicher Einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt untereinander sowie gegenüber Dritten per Runderlass im Sinne der unter Punkt 1 formulierten Maßgaben zu regulieren.

Begründung

Lebendige (d. h. gesprochene) Sprachen sind dem steten Wandel unterworfen - sei es durch den schleichenden Einzug neuer Wörter in den Sprachgebrauch oder das sukzessive Aussterben überkommener Formen. Ein solcher Wandel ist authentisch, weil er sich im Rahmen innerer Entwicklungsprozesse abspielt und aus dem kollektiven Willen der Sprechenden erwächst.

(Ausgegeben am 17.08.2018)

Anders verhält es sich mit jüngeren 'Innovationen' der feministischen Sprachkritik, deren Anliegen darin besteht, lebensferne politische Vorgaben auf die angewandte Sprache zu übertragen. Ihre Befürworter gehen davon aus, dass sich Sprache nach Belieben durch äußere Eingriffe ändern ließe. Der Versuch, das gesprochene Wort - und damit letztlich den Menschen - nach ideologisch vorgefassten Prämissen zu ändern, ist jedoch zum Scheitern verurteilt.

Die antragsstellende Fraktion erwehrt sich gegen jegliche Bestrebungen, den Gebrauch der deutschen Sprache mit ideologisch motivierten Restriktionen zu belegen. Besonders Ministerien, Behörden und sonstige öffentliche Einrichtungen müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender